



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/250

26. Oktober 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

"Wehrgesetz"	S.1
Kritische Situation in der Europa- Bewegung	S.3
Der schlichte Prunk von Forst-Zinna	S.4

"W e h r g e s e t z"

P.R. Nun hat auch dieser Begriff sich seinen Platz in der großen Diskussion über die deutsche Remilitarisierung oder, behutsamer ausgedrückt, "den deutschen Beitrag" erobert. Er tauchte zuerst in den Schlagzeilen der Zeitungen am Mittwoch auf, zusammen mit dem anderen von der allgemeinen Wehrpflicht. Die Zeitungen von diesem Tage hatten es überhaupt in sich. Die Kästen und Aufmacher auf der ersten Seite eines grossen Blattes trugen die Überschriften: "Truman unterbreitet Abrüstungsplan", darunter "Aufrüstung bis Aggressionsdrohung beseitigt ist" - "Bundesregierung plant Wehrgesetz mit allgemeiner Wehrpflicht", darunter "Aufstellung von 10 Divisionen in Gesamtstärke von 200 000 Mann wahrscheinlich" - "Französische Nationalversammlung debattiert deutsche Wiederaufrüstung" - "Schumacher: Klares Nein zur deutschen Remilitarisierung" - und, unten links und etwas bescheidener "Weltfreiheitsglocke in Berlin eingeweiht".

Die Hinweise auf Wehrgesetz und allgemeine Wehrpflicht, auf 200 000 Mann in "zehn modernen Panzerdivisionen mit motorisierter Infanterie und taktischer Luftwaffe" stammten, wie die Zeitungen schrieben, "von einer hohen Persönlichkeit im Bundeskanzleramt". Die Regierung hat dementiert, um genau zu sein: sie bestritten, aber nicht widerlegt. Es gibt, um ein modern gewordenes Wort zu gebrauchen, eine Reihe recht umfangreicher "Gedächtnisprotokolle"

über die Ausführungen besagter hoher Persönlichkeit, deren Namen in Bonn und in den Redaktionen der Zeitungen jedermann kennt. Daß eine vereinbarte Vertraulichkeit nicht gewahrt wurde, ist bedauerlich, der behandelte Sachverhalt wird davon aber nicht berührt.

Ausserdem hat man den Verdacht, dass die Einführung dieser fundamentalen Begriffe in die Debatte der Regierung gar nicht so unangenehm ist, wie sie vorgibt. Schliesslich operieren damit neuerdings auch hochgestellte Amerikaner, wenn General Clay auch in Bonn beschwichtigend erklärt hat, "die deutsche Aufrüstung wird nicht erzwungen werden". Auch der Bundeskanzler hat mehrfach nachdrücklich erklärt, dass eine so wichtige Frage nur auf der Basis breitester demokratischer Legitimation entschieden werden könnte. Aber man hat auch von der Notwendigkeit psychologischer Vorbereitung auf künftige Eventualitäten gesprochen und vielleicht versteht der Kanzler darunter eine fortschreitende Durchsetzung des öffentlichen Bewusstseins mit immer deutlicheren militanten Vorstellungen und Denkformen. Auf diesem Wege kann das unmißverständliche Wort vom Wehrgesetz gute Dienste leisten. Die Regierung habe sich damit nicht befasst, wurde deutlich festgestellt. Aber man weiss, haeret aliquid -etwas bleibt schon hängen- und darüber ist man vielleicht gar nicht so traurig.

Es ist gut, daß am gleichen Tage Dr. Schumacher ausführlich auf den Fragenkomplex eingegangen ist, zu einem Zeitpunkt allerdings, an dem die erwähnte zugespitzte letzte Diskussionsphase noch nicht öffentlichen Charakter trug. Der Vorsitzende der SPD hat erneut zur deutschen Wiederaufrüstung unter den gegenwärtigen Umständen Weiß gesagt und als unerlässliche Hauptvoraussetzung für eine denkbare Änderung dieser Auffassung, die "unlösbare Verkoppelung des angelsächsischen militärischen und politischen Schicksals mit dem deutschen" genannt. Er hat ferner eine Grundgesetzänderung auch schon im Falle der Errichtung eines deutschen Kontingentes im Rahmen einer europäischen oder atlantischen Armee sowie Neuwahlen zum Bundestag als notwendige Voraussetzungen dafür genannt, daß endgültige Entscheidungen in der Frage eines deutschen militärischen Beitrages gefällt werden.

General Clay hat übrigens in Bonn nicht nur von der Aufrüstung gesprochen, die nicht erzwungen werden soll, sondern auch, offenbar in ermunternder Absicht, gesagt: "Leuten, die wissen, dass sie um ihre Freiheit kämpfen müssen, kann es gleichgültig sein, mit wem sie zusammenkämpfen". Es ist nicht genau ersichtlich, an wen der General dabei gedacht hat, an seine eigenen Landsleute und ihre Verbündeten, denen es gleichgültig sein sollte, ob sie mit den geschlagenen und verpönten militaristischen Deutschen kämpfen sollen oder ob er die Deutschen meinte, die vergessen sollen, daß man ihnen aufgegeben hat, in alle Ewigkeit kein Gewehr mehr in die Hand zu nehmen. Aber unbeschadet, wen er im Auge hat: seine Feststellung hinterlässt in jedem Fall einen bitteren Geschmack. Denn nicht zuletzt die Tatsache, daß es den westlichen Alliierten einmal gleich war, mit wem zusammen sie um ihre Freiheit kämpften, hat sie in die heutige Belästigung durch das übermächtige Sowjetreich gebracht. - In jedem Fall hat die Frage, die heute jeden Deutschen stärker als eine andere beschäftigt, durch die Einführung der Begriffe Wehrgesetz und allgemeine Wehrpflicht, durch die Einführung der Begriffe schlechtesten politischen Aspekt erhalten.

Europabewegung spielt letzte Karte

Von Alfred Frisch, Paris

Trotz weitgesteckten französischen Regierungsplänen (Errichtung eines europäischen Verteidigungsministeriums usw.) befindet sich der durch den Strassburger Europarat symbolisierte europäische Gedanke gegenwärtig in seiner bisher schwersten Krise. Während die Massen nach wie vor bereit sind, sich für die europäische Einheit zu begeistern, können die meisten Politiker sich nicht von ihren alten, überholten Traditionen lösen. Die Beschlüsse und Empfehlungen der Strassburger Konsultativversammlung werden vom Ministerrat regelmässig auf die lange Bank geschoben, und es besteht kaum Hoffnung, dass die neue, Ende November in Strassburg beginnende Tagung zu besseren Ergebnissen führt. Das grösste Hindernis ist dabei die britische Unlust, sich positiv an der europäischen Gemeinschaft, so wie sie sich heute als reale Möglichkeit abzeichnet, zu beteiligen sowie die skandinavische Abhängigkeit von Großbritannien. Es hat keinen Zweck, über die Berechtigung der britischen und skandinavischen Argumente zu streiten. Die Europabewegung steht vor der schweren und verhängnisvollen Wahl, auf ihre sämtlichen Bestrebungen zu verzichten oder sich mit einem geeinten Rumpfeuropa ohne Großbritannien, Skandinavien und ohne den Osten zu begnügen.

Die Mehrheit der nationalen Europabewegungen hat sich mit Bedauern für die zweite Lösung ausgesprochen, weil sie der Ansicht ist, dass ein Rumpfeuropa dem völligen kontinentalen Zerfall immer noch vorzuziehen sei. Ihrer Überzeugung nach sind die europäischen Staaten bei Aufrechterhaltung der nationalen Souveränitätsgrenzen einfach nicht lebensfähig und ausserdem ist eine Lösung des sogenannten deutschen Problems ohne Schaffung einer europäischen Gemeinschaft für sie nicht vorstellbar. Das Rumpfeuropa gilt dabei nicht als Endziel, sondern lediglich als ein bescheidener Anfang, wobei man von der Voraussetzung ausgeht, dass jede Souveränitätseinschränkung und jede Beseitigung von Grenzschränken als Erfolg zu buchen ist.

In dem Bestreben, die Europabewegung aus ihrer jetzigen Sackgasse zu befreien und gleichzeitig in dem Bewusstsein, einen letzten Versuch zur Rettung des Strassburger Europarates zu unternehmen, wurde dieser Tage auf französische Initiative unter Beteiligung von Sozialisten, Katholiken, Liberalen, Konservativen, Gewerkschaftlern und Unternehmern ein "Europäischer Rat der Wachsamkeit" geschaffen. Die Arbeiten der Strassburger Parlamentarier sollen durch ihn unterstützt und gleichzeitig ge-

gen die skeptisch-passive Trägheit der Regierungen vorwärts getrieben werden. Der Europäische Rat der Wachsamkeit, der zum ersten Mal zur gleichen Zeit wie die Strassburger Konsultativversammlung zusammentreten wird, soll hauptsächlich aus Gemeindevertretern zusammengesetzt sein. Die Mitarbeit der Bürgermeistervereinigungen Frankreichs, Belgiens, Deutschlands und Italiens ist bereits gesichert. Große Wirkungsmöglichkeiten wird man ihm kaum geben dürfen.

Trotzdem beschloss die Europabewegung, bei den französischen Sozialisten diese Initiative zu unterstützen. Ihre treibenden Kräfte sind die beiden Parlamentarier André Philip und Gérard Jaquet. Die Mehrheit des Parteivorstandes der SFIO billigt die Haltung dieser beiden freilich nicht, so dass in nächster Zukunft grundlegende Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Partei Frankreichs zu erwarten sind. Die weitere britische Haltung zu Europa dürfte hierbei einen entscheidenden Einfluss ausüben. In verschiedenen französischen Linkskreisen hat man noch die Hoffnung, durch einen Druck der Washingtoner Regierung auf London in den europäischen Bemühungen Unterstützung zu finden.

Der schlichte Prunk von Forst-Zinna

sp. Willy Mayer aus Vehlentreu bei Luckenwalde, alter bewährter Kommunist und "Kurator", d.h. Verwaltungschef der Deutschen Verwaltungsakademie (DVA) Forst-Zinna, dieser Willy Mayer schleicht mit sorgenvoller Miene durch die 72 prunkvollen Geschäftszimmer seines Direktoriums. Im Frühjahr 1948 hatte er von seinem persönlichen Freund Walter Ulbricht den Auftrag erhalten, die DVA aus den Trümmern des ehemaligen Militärlagers zwischen Luckenwalde und Jüterbog aufzubauen. Es wurde nicht gespart dabei und so bekam Mayer als Chefarchitekten den beim Berliner Ost-Magistrat beschäftigten Deutsch-Jugoslawen Selmanagic zugewiesen; aber trotz aller Großzügigkeit der Geldlieferanten schoossen Mayer und Selmanagic übers Ziel und forderten immer neue Gelder an. Bis das Finanzministerium alle Zuschüsse stoppte und wie von allen staatlichen Behörden auch von der VDA eine Einsparung der Verwaltungsausgaben um 10 Prozent unter Androhung von Strafe verlangte. Mayer aber hat sein Soll bereits überschritten, diesmal allerdings eine Soll-Überschreitung, die ihm keinen Ruhm einbringen wird und daher rührt sein sorgenvolles Gesicht. Mit seinen ordentlichen Haushaltsmitteln war Mayer bereits im September dieses Jahres fertig, weil er aus dem Verwaltungshaushalt laufend umfangreiche Beträge für den immer noch nicht abgeschlossenen

Aufbau der DVA abzweigte.

Was Mayer und Selmanagic aus dem Ende 1947 von den russischen Besatzungstruppen als Wüste verlassenen Gelände gemacht haben, kann sich sehen lassen: zwölf Hörer-Wohnhäuser, ein Kinderheim, ein Seminar-Gebäude, drei Hörsaal-Gebäude, ein Auditorium Maximum mit 1256 Plätze, Club-, Gesellschafts- und Internatsräume, vier Verwaltungsgebäude, 13 Wohnhäuser für Dekane, Dozenten, Angestellte und Arbeiter, ein riesiger HO-Laden, eine Groß-Garage, ein Groß-Magazin, ein Brausebad, ein Wannenbad, ein Freischwimm-Bad, ein Sportplatz usw., usw. So manches ist ausserdem noch im Bau. Die Rechnungen können sich auch sehen lassen, freilich warten heute noch etliche Lieferanten auf die Bezahlung. Bis Mitte 1950 hatte Mayer für den äusseren Aufbau der DVA 5,2 Mill. DM ausgegeben. Die Inneneinrichtung der Gebäude hatte bis zu diesem Zeitpunkt 3,4 Mill. verschlungen. Daneben liefen die Unterhaltungskosten für den Lehrbetrieb (1200 Hörer, 100 Dozenten) mit noch einmal soviel, sodass Mayer Rechnungen von insgesamt 18 Mill. DM zu begleichen hatte. Das schaffte er nicht, besonders seitdem das ostzonale Finanzministerium wegen Erweiterung der Volkspolizei, Aufbau des Staatssicherheitsministeriums, Subvention der FDJ und anderer ebenso wichtige Einrichtungen immer weniger von dem einhalten konnte, was Ulbricht einst versprochen hatte.

Dafür aber kann Ulbricht, wenn er einmal zu seinem Freund Mayer nach Forst-Zinna hinausfährt, sich in schwellenden Polstermöbeln räkeln, seinen Lenin-Bart von diskret blinkenden Mahagoniwänden widerspiegeln lassen, kurz, Walter Ulbricht kann die DVA überall als ein Musterbeispiel für volksdemokratischen Aufbau im Interesse der arbeitenden Bevölkerung empfehlen. Denn hier werden, sorgfältig gesiebt, die Männer auf Vordermann gebracht, die in Wirtschaft und Verwaltung der DDR etwas zu sagen haben, die also die Geschicke des vergewaltigten Volkes lenken. In diese mit schlichtem Prunk aus Arbeiterschweiss aufgebaute Hochburg der volksdemokratischen Zwangsherrschaft kann Ulbricht auch Leute wie Prof. Noack einladen, ohne Gefahr zu laufen, dass sie mit der Not der Ostzonen-Bevölkerung in engere Berührung kommen.

Verantwortlich: Peter Raunau